

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Abteilungen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zeitungspreis monatl. frei Haus 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.) durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. B. Dresden - 2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Alsterbahnstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden - 2, Alsterbahnstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gestaltete Nonparelzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden - 2, Alsterbahnstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Mittwoch den 20. Juni 1928

Nummer 142

Der nationalitistische Fliegerrummel Hinter der patriotischen Kulisse

Die Ozeanflieger Koehl und Hünefeld samt ihrem Flugpassagier, dem Baron v. Hünefeld, sind in Deutschland eingetroffen. Sie kamen per Schiff, ihr Flugzeug verunglückte ja bei der misslungenen Landung in Schnee und Eis. Und wieder — wie damals, als die Flieger zwar nicht ihr Ziel New York erreichten, aber doch das nackte Leben über den Ozean retteten — überläßt sich die nationalitistische Begeisterung der deutschen Bourgeoisie. Rummel in Bremen, Rummel in Berlin, Festen, Empfang durch Hindenburg, Begrüßungsreden, patriotisches Empfangstelegramm des Sozialdemokraten Gustav Köhle, begeistertes, gemeinsamer Aufruf der Bremer Sozialdemokraten und Faschisten, Einheitsfrontspalter des Reichsbanners mit den Vaterländischen Verbänden — das ist so ungefähr das Programm; teils schon abgewickelt, teils für die kommenden Tage bis ins kleinste Detail vorbereitet.

Und doch mischt sich in den nationalitistischen Horenabbat ein übler Gestank, den auch die fettesten Schlagzeilen der bürgerlichen Presse, den auch die schönsten Reichsbannerparaden der SPD-Führer nicht aus der Welt schaffen können. Da ist zunächst die brutale Afsertigung, die Amerika den deutschen Ozeanfliegern zuteil werden ließ. Anfangs, nach ihrer Ankunft, feierte man sie als große Sensation. Ihre Abreise aber gestaltete sich, nachdem es vorher schon wochenlang auffällig still geworden war, zu einem gänzlichen Fiasko. Ohne Teilnahme der amerikanischen Behörden, ohne Teilnahme des amerikanischen Publikums, geradezu unbeschadet und ohne die Flieger einzuschiffen, heilfroh, daß wenigstens ein Häuflein Deutschamerikaner ihrer Abreise beizuhilfen. Warum dieser letzte Stimmungsumschwung?

Der aristokratische Luftpassagier und kaiser-treue Baron von Hünefeld hatte selbst für die wahrhaftig nicht empfindsamen amerikanischen Gemüter ein zu großes Maß ausländischer Reklamekunst und Geschäftsspekulation an den Tag gelegt. Die Art, wie die Flieger bei der Beerdigung der in ihrem Interesse gestorbenen amerikanischen Fliegern Bennet entgegen allen Vereinbarungen sich einen großen Empfangsrummel erzwarzen, den die Behörden erst für den Zeitpunkt nach der Beerdigung vorgesehen hatten, mußte Aufschrei erregen. Ebenso widerwärtig benahmten sich die deutschen „Helden“, wenn es darum ging, sich durch Interviews und Artikel erhebliche Dollarbeträge zu ergattern.

In der bürgerlichen Presse erscheinen Interviews von Hünefeld, in denen es heißt, dieser habe noch erhebliche Schulden, ihr Verdienst sei äußerst schmal gewesen, mit anderen Worten: es soll den geschäftstüchtigen Ozeanfliegern nun in Deutschland auch noch Geld zugeschanzt werden. Da die tüchtigen Helfer von Hünefeld und Koehl hierbei direkt an Steuergrößen denken oder an irgendwelche Juwelen aus Geheimfonds nach der Art der Lohmann-Phoebusbildungen aus Geheimfonds denken. Jedenfalls hat die deutsche Arbeiterschaft für diese Art nationalen Heldengeistes, der sich mit den ekelhaftesten geschäftlichen Spekulationen paart, weder Sympathie noch Geld übrig!

Der weitere Skandal, der den Empfangsrummel des nationalitistisch-schwarzrotgoldenen Deutschlands föhrt — neben dem aufdringlichen und taktlosen Verhalten der Ozeanflieger selbst in Amerika und ihrem dadurch verursachten dortigen Fiasko — bildet das anfängliche Verhalten der übrigen deutschen „Patrioten“ in der Heimat.

Als Koehl und Hünefeld seinerzeit ihren Flug unternahmen, wandten sich dieselben Kreise, die heute in Begeisterung stehen, in mehr als brüster Weise von ihnen ab. Niemand wollte mit dem Flug zu tun haben. Die Deutsche Luftkassa, deren Angehender der Flieger Koehl war, entließ ihn fristlos, offenbar, weil der Flug mit einem Flugzeug der Konkurrenzfirma Junkers ausgeführt wurde.

Andererseits verwahrte sich auch die Junkers-Gesellschaft dagegen, ihrerseits die Verantwortung für das Unternehmen zu tragen. Der Professor Junkers versicherte ausdrücklich, daß er nichts anderes mit dem Unternehmen zu tun habe, als daß er gegen Bezahlung ein Flugzeug an Koehl und Hünefeld verkauft habe.

Erst nachdem die Ankunft der Flieger jenseits des Ozeans gemeldet war, änderte sich die Stellungnahme. Junkers schickte kein begeistertes Begrüßungstelegramm und spielte sich als Vater des ganzen Ozeanfluges auf. Die Luftkassa aber verhielt sich noch getrennt ihre feierzeitige fristlose Entlassung Koehls in Abrede zu stellen, obgleich die gesamte Presse, auch die bürgerliche, die Tatsache dieser fristlosen Entlassung nach wie vor bestätigt.

Es ist einigermaßen klar, was sich hinter diesen Dingen verbirgt. Zwischen den Junkers-Werken und der Deutschen Luftkassa spielt sich ein erregter Konkurrenzkampf ab. Nachdem Junkers nicht mehr Subventionen seitens der Regierung bezieht, die Gelder für Flugzeugbau und das sonstige Flugwesen vielmehr nahezu ausschließlich an die Luftkassa gehen, wird den Junkers-Werken in steigendem

Maße der Lebensadern abgeschnitten. Es ist kein Geheimnis, daß diese Gesellschaft deshalb dazu übergeht, ihre Interessen und ihre Produktion immer mehr ins Ausland, vor allem nach Amerika, zu verlegen.

Die Rolle des Passagiers des Ozeanfluges, des nationalitistischen Barons v. Hünefeld, der sich bei jeder Gelegenheit, redend, schreibend und sogar blödsinnigsten Kirch „bisstend“, in den Vordergrund drängt, wird durch die Tatsache beleuchtet, daß dieser Herr Propagandachef des Norddeutschen Lloyd war und voraussichtlich auch die Gelder für den Ozeanflug von dieser Seite bekommen hat.

Um das Regierungsprogramm Heute Verhandlungen über die Regierungsumbildung in Preußen

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, wurden gestern die interfraktionellen Besprechungen über die Regierungsbildung fortgesetzt. Es wurden die Fragen der Amnestie, der Reichswehr, und im Zusammenhang damit über den Bau des Panzer-schiffes A gesprochen. In einer Einigung ist man vorläufig auch über diese Fragen noch nicht gekommen, vielmehr soll die Besprechung nur dazu gedient haben, um Hermann Müller für die für heute nachmittag andereraunte neue Sitzung das Regierungsprogramm formulieren zu lassen.

Aller Voraussicht nach wird dieses Regierungsprogramm den Forderungen der bürgerlichen Parteien stark entsprechen müssen, wenn es zur Annahme gelangen soll. Dies ergibt sich bereits aus der Stellungnahme der Presse der kommenden Koalitionsparteien zu der heute vormittags stattgefundenen interfraktionellen Besprechung. Während der Vorwärts berichtet, „daß sich in der Amnestiefrage keine Meinungsverschiedenheiten ergaben, deren Behebung besonders schwer scheint“, meldet die bürgerliche Presse, „daß die Parteien zwar grundsätzlich für eine Amnestie sich ausgesprochen hätten, doch sei noch eine ganze Reihe von schweren Unstimmigkeiten vorhanden. Die Mehrheit der Parteien wünscht nämlich eine Amnestie erst zum Herbst, während die Sozialdemokraten — unter dem Druck der Arbeiterschaft — vorläufig noch dafür eintreten, daß die Amnestie möglichst in der Sommertagung verabschiedet wird. Auch in der Frage der Amnestierung der Hememörder sind noch Unstimmigkeiten vorhanden. Hier fordert sicher die Volkspartei, wie dies bereits ihr Organ, die Tägliche Rundschau, zur Zeit der Amnestie-debatte im März d. J. getan hat, die Begnadigung derselben.“ Die Banrische Volkspartei, die an den Regierungsverhandlungen beteiligt ist, lehnt überhaupt eine Reichsamnestie ab, da sie der Meinung ist, daß ein Strafverbot ausschließlich Sache der Justiz-hoheit der Länder ist.

In der Frage der Reichswehr hat die SPD, wie wir bereits des öfteren vorauslagten, wahrscheinlich jede Forderung aufgegeben, und hat sich der ablehnende Standpunkt der bürgerlichen Parteien, vor allen Dingen der Volkspartei, unter keinen Umständen an der monarchistischen, imperialistischen Führung und Gesinnung der Reichswehr etwas ändern zu lassen, durchgesetzt. Dasselbe tritt in der Frage der Fortsetzung des Panzerkreuzer-

baues klar zutage. Zwar meldet der Vorwärts, „daß die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei bezüglich des Baues des Panzerkreuzers ebenso auf ihrem Standpunkt beharren, wie die Deutsche Volkspartei und das Zentrum auf dem ihrem“, aber — wie lange noch? Es ist lediglich eine leere Drohung, wenn der Vorwärts in diesem Zusammenhang vermerkt: „Es ist nicht uninteressant, festzustellen, daß diese vier Parteien, nämlich die Sozialdemokraten, Demokraten, Kommunisten und Wirtschaftsparteiler, die im alten Reichstag sich in der Minderheit befanden und deshalb von der Mehrheit der Bürgerblockparteien in der Frage des Panzerkreuzerbaues überstimmt wurden — sich jetzt mit 24 Stimmen in der Mehrheit im Reichstage befinden.“

Es ist eine Tatsache, daß nicht nur die Volkspartei, sondern auch das Zentrum bei den Regierungsverhandlungen unbedingt auf der Fortsetzung des Kreuzerbaues bestehen. Es ist klar, daß auch die Demokraten und die Wirtschaftspartei, die im alten Reichstag noch aus Oppositionsgründen gegen den Bau des Panzerkreuzers stimmten, jetzt, wo sie selbst in die Regierung eingehen, sich für den Bau entscheiden werden. Und wir sind überzeugt, daß auch die SPD-Führer, um unbedingt die Bildung der Großen Koalition herbeizuführen, ein Kompromiß finden werden, das den bürgerlichen Parteien den Kreuzer-schiffbau für die Zukunft garantiert, dies aber andererseits für die Arbeiterschaft nicht so deutlich in Erscheinung treten wird. Nach all dem darf man auf das Regierungsprogramm Müllers gespannt sein.

Heute nachmittag treten die Parteiführer zu einer Sitzung des interfraktionellen Ausschusses zusammen, um die Regierungserklärung zu besprechen. Hermann Müller wird den Versuch machen, einen Vorentwurf für das Regierungsprogramm auszuarbeiten. Sämtliche Parteien und Pressen der Großen Koalition betonen, daß ein Scheitern der Verhandlungen nicht in Frage kommt. Sie rechnen alle damit, daß die SPD den Forderungen der Volkspartei in der Frage Panzerkreuzer, Steuerpolitik usw. in weitestgehendem Maße entgegenkommen wird.

Heute vormittag wird der preußische Ministerpräsident eine Kommission der Volkspartei empfangen, um den Termin der Umbildung der preußischen Regierung festzusetzen.

Die Frauen und der Reichstag

Von Lene Overlach

Die proletarischen Frauen bringen dem neuen Reichstag ein gesteigertes Interesse entgegen. Ihre Anteilnahme am politischen Leben ist gestiegen, das kann insbesondere auch aus dem Ergebnis der Wahlen zum neuen Reichstag festgestellt werden. Die nach Männer- und Frauenstimmen in Großstädten getrennt vorgenommene Abstimmung gibt ein für die kämpfende Arbeiterschaft äußerst lehrreiches Bild. Trotzdem der Vergleich mit früheren Wahlergebnissen schwierig ist, weil selten getrennte Abstimmungen vorgenommen wurden, läßt sich doch folgendes feststellen:

Die Linksbewegung in der Arbeiterschaft hat auch die werktätigen Frauen ergriffen. Es wurden mehr Frauenstimmen für die KPD und SPD abgegeben, als bei früheren Wahlen.

In Berlin z. B. wählten gerade in den Arbeiter-vierteln (Wedding) in einer Reihe von Wahllokalen mehr Frauen als Männer die Liste der KPD. Dasselbe trifft z. B. auch auf die Arbeiterviertel von Köln zu. Dort verlor vor allem das Zentrum Frauenstimmen an die KPD. Während nach Berechnungen von Schaff („Die deutschen Katholiken und die Zentrumspartei“, Köln 1928) die KPD bei früheren Wahlen durchschnittlich 37 Prozent weibliche Stimmen zählte, liegt der Durchschnitt heute bestimmt über 40 Prozent. In Berlin z. B. 47 Prozent, in Stuttgart, Ulm und Heilbronn 40,7 und in Solingen 43 Prozent.

Für die SPD wurde von Schaff der weibliche Stimm-anteil bei früheren Wahlen mit 43 Prozent angegeben. In Berlin erhielt die SPD 53,5 Prozent Frauenstimmen, in Stuttgart, Ulm, Heilbronn 46, 8 Prozent und in Solingen etwa 45 Prozent.

Diese erfreulichen Anzeichen einer Linksbewegung innerhalb des weiblichen Proletariats dürfen uns jedoch nicht blind machen vor der Tatsache, daß auch bei diesen Wahlen die bürgerlichen Parteien, insbesondere das Zentrum, die Deutschnationale und die Deutsche Volkspartei, wiederum mehr Frauen- als Männerstimmen erhielten. So erhielten z. B. in Berlin die Deutschnationalen 58,5 Prozent, in Stuttgart das Zentrum 61,9 Prozent, in Frankfurt a. M. die Deutsche Volkspartei 52,3 Prozent Frauenstimmen.

Daß ein großer Prozentsatz der proletarischen Frauen den bürgerlichen Parteien ihre Stimme gegeben hat, ist begründet in ihrer politischen Ungeschultheit und Unaufgeklärtheit, die sie Entscheidungen rein gefühls-mäßig fällen läßt. Besonders stark an Einfluß hat darum nach immer das Zentrum, für das die Kirche die Wahl-propaganda mit übernommen hatte, gewonnen. Die demagogischen Wahlparolen der bürgerlichen Parteien, ihr Appellieren an die Gefühle der Frau als Mutter und Haus-frau, haben wiederum ihre Wirkung nicht verfehlt. Der Verband süddeutscher katholischer Arbeitervereine z. B. brachte es fertig, in einem Wahlaufzug zu erklären: